

müßte. Eine im der Parteiarbeit bewährte Genossin wurde Parteisekretär.

' Politische Klarheit schaffen

In dem politischen Kampf nach dem 13. August hat die Grundorganisation eine Wende in ihrer Tätigkeit vollzogen. Die Ereignisse am Brandenburger Tor lösten selbstverständlich auch an unserer Schule viele Diskussionen aus. Es war nun Aufgabe aller Genossen, politische Klarheit unter allen Lehrern und Schülern zu schaffen.

Die Parteileitung legte sofort die politisch-organisatorischen Maßnahmen fest und unterbreitete diese den Parteimitgliedern. Nach einer Einschätzung der politischen Situation an der Schule gingen die Genossen davon aus, daß es besonders darauf ankommt, Lehrer und Schüler konsequent im Sinne der Arbeiterklasse zu erziehen. Da der Lehrer im Bildungs- und Erziehungsprozeß die Hauptverantwortung trägt und seine politische Einstellung in jeder Unterrichtsstunde und jedem Fach sichtbar wird, ist seine politische Erziehung von ausschlaggebender Bedeutung. Dieser Erziehungsprozeß erfordert von den Genossen Parteilichkeit, Geduld und Beweiskraft, jedoch auch Klassenwachsamkeit und ein schlagkräftiges Reagieren auf gegnerische Einflüsse.

Die Parteileitung stellte als erste Aufgabe: Schaffung eines einheitlich handelnden Lehrerkollektivs, das Klarheit in den politischen Grundfragen besitzt. Die zweite Aufgabe galt der besseren politischen Massenarbeit unter den Schülern. Hierbei geht es vor allem um die Hilfe für die Leitungen der Freien Deutschen Jugend. Die dritte Aufgabe lautete: Es muß eine höhere Qualität im Unterricht, insbesondere in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern und in Mathematik und Deutsch erreicht werden, wie es der VI. Pädagogische Kongreß forderte.

Die erste Voraussetzung für die führende Rolle der Partei ist die politisch-ideologische Einheit der Parteiorganisation und die Aktivität aller Genossen. Eine Schule der Parteierziehung aber ist die Mitgliederversammlung. Hier müssen alle Fragen geklärt werden. Die Diskussion auf unserer Mitgliederversammlung zeigte, daß nicht alle Genossen immer

sofort selbständig zu einer richtigen Beurteilung von wichtigen politischen Ereignissen gelangen können. So erkannten einige nicht gleich die bewaffnete Aktion am 13. August als einen erforderlichen Bestandteil unseres Kampfes um die Bändigung des westdeutschen Militarismus und um den Frieden. Durch eine gründliche Aussprache konnten sich alle Genossen einen parteilichen Standpunkt erarbeiten. Der Grundtenor der Versammlung war, daß alle Genossen spürten, wie notwendig es ist, erst einen eigenen festen Standpunkt zu haben, ehe man Kollegen und Schüler überzeugen kann. Die Parteileitung zog die Lehre: Die Parteileitung muß zu allen bedeutsamen politischen Ereignissen sofort Stellung nehmen.

Von den Erfahrungen dieser Mitgliederversammlung ausgehend, leitete der Parteisekretär die Genossen für die Gewerkschaftsarbeit an. In der Gewerkschaftsversammlung traten bei einer Reihe Kollegen größere Unklarheiten zutage. So war z. B. ein Kollege der Meinung, daß die Maßnahmen nicht der Sicherung des Friedens in der Welt und der Wiedervereinigung Deutschlands dienen würden. Die Genossen bewiesen, daß gerade die Maßnahmen in den Augusttagen den Frieden erhalten haben, weil sie dem aggressiven westdeutschen Militarismus einen Schlag versetzten und seinem Vorhaben, die DDR zu überfallen, einen Riegel vorschoben. Dadurch, daß sich die Genossen vorher selbst Klarheit in den Grundfragen verschafft hatten, konnten sie einheitlich und überzeugend auftreten. Ihnen gelang es jedoch noch nicht, alle Kollegen Lehrer zu überzeugen.

Die Parteileitung und die Mitgliederversammlung werteten die Gewerkschaftsversammlung aus und zogen den Schluß, die Diskussion im Pädagogischen Rat fortzusetzen. Die Grundorganisation ist der Meinung, man müsse Fragen von grundsätzlicher Bedeutung bis zu Ende klären. Das ist deshalb wichtig, weil die politische Klarheit und Einheit des Pädagogenkollektivs die entscheidende Grundlage für die Erziehung der Schüler ist.

Der gleiche Kollege, der in der Gewerkschaftsversammlung der Friedenspolitik der sozialistischen Länder Unverständnis entgegenbrachte, kam zwangs-